

UNI INFO



3/84

10. Februar

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-6012, Telex 25655 und l. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuscript: Gisela Rodenberg, Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. Der Gründungsausschuss für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.

Ausbau der Kooperation mit der Universität in Toruń

Zusammenarbeit auf fast allen Fachgebieten - Austauschvorhaben konkretisiert

Ernst Hinrichs Direktor des Eckert-Instituts

Für die Dauer von zunächst vier Jahren ist der Historiker Professor Dr. Ernst Hinrichs (Fachbereich 3) zum neuen Direktor des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung berufen worden. Hinrichs, der Nachfolger des Münsteraner Historikers Professor Dr. Karl Ernst Jaismann ist, wird voraussichtlich das neue Amt am 1. Oktober dieses Jahres antreten.



Das international außerordentlich renommierte Institut in Braunschweig, das Anfang der fünfziger Jahre von seinem jetzigen Namensgeber gegründet wurde, hat die Aufgabe, historische, politische und geografische Darstellungen in den Schulbüchern der Bundesrepublik und anderer Länder zu vergleichen und gegebenenfalls durch geeignete Empfehlungen auf eine Verschärfung hinzuwirken. Das Eckert-Institut, in dem 27 Wissenschaftler, Bibliothekare und Verwaltungsangestellte arbeiten, war maßgeblich an dem Abkommen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz beteiligt.

Hinrichs selbst ist im Hinblick auf die Zukunft des Instituts überzeugt, daß es langfristig weitere Schwerpunkte für seine Arbeit benötigt. Einer dieser Schwerpunkte könnte, so Hinrichs, „Europa“ heißen und sich mit der Frage beschäftigen, ob die europäische Geschichte in den Schulen des Kontinents tatsächlich auch als solche wahrgenommen werde, oder ob sie, was zu vermuten sei, in nationaler Betrachtungsweise steckenbleibe. Hierfür Empfehlungen für die Schulen zu erarbeiten, hält der Professor für Neuere Geschichte, der sich in Forschung und Lehre viel mit Europa befaßt hat, nicht nur für sinnvoll, sondern auch für notwendig. Ebenso möchte er der Frage nachgehen, wie die Geschichte der eigenen Umwelt in der Bevölkerung wahrgenommen wird und welche Aufgaben für die Schulen und die Schulbücher daraus erwachsen. Auch in diesem Bereich, nämlich der Regionalgeschichte, hat Hinrichs in den letzten Jahren intensiv geforscht und veröffentlicht. Der jetzt 46jährige Historiker wird während seiner zunächst vierjährigen Amtszeit in Braunschweig die Verbindung zur Universität Oldenburg nicht abreißen lassen und einen Lehrauftrag annehmen. Seine Stelle, so hat ihn der Wissenschaftsminister wissen lassen, wird in dieser Zeit durch eine C-2-Professur vertreten.

gh

Mehr als 30 Wissenschaftler werden im Jahre 1984 an den Austauschvorhaben im Rahmen der Kooperationsvereinbarung teilnehmen, die im vergangenen Jahr zwischen der Universität Oldenburg und der polnischen Nikolaus-Kopernikus-Universität in Toruń unterzeichnet wurde. Dies ist das Ergebnis von Konsultationen zwischen Vertretern der Leitungen beider Universitäten, die jetzt in Oldenburg stattgefunden haben.

Sehr befriedigt über die starke Ausweitung der Kontakte äußerten sich der für Forschung zuständige Prorektor der Nikolaus-Kopernikus-Universität, Professor Dr. Arkadiusz Uzarewicz, und der Präsident der Universität Oldenburg, Dr. Horst Zilleßen. Der beim jetzigen Treffen im Entwurf vereinbarte erste Kooperationsplan, der die inhaltlichen Schwerpunkte und den quantitativen Umfang der Zusammenarbeit für 1984 festlegt, zeigt, daß inzwischen nahezu in sämtlichen Fachbereichen der Universität Oldenburg erste Kontakte bzw. zum Teil bereits fest umrissene Kooperationsvorhaben mit den entsprechenden Bereichen in Toruń existieren.

Neben die bereits „traditionellen“ Felder der Zusammenarbeit - Geographie, Geschichte, Politikwissenschaft - treten nunmehr die Naturwis-

senschaften, die Erziehungswissenschaften sowie geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer.

Für das Jahr 1984 wurde ein Gesamtumfang von je 80 Aufenthaltstagen für Wissenschaftler aus Oldenburg und aus Toruń vereinbart. Diese Zahl soll im kommenden Jahr auf 100 erhöht werden. Noch unsicher ist, ob es auch zu dem von beiden Seiten angestrebten Austausch von Studentengruppen kommen wird.

Für eine Reihe von Vorhaben hat die Universität Oldenburg Mittel beantragt, die das Auswärtige Amt zur Förderung der Zusammenarbeit westdeutscher Hochschulen mit ost- und südeuropäischen Partneruniversitäten zur Verfügung stellt. Diese Mittel könnten eine spürbare Entlastung des universitären Etats mit sich bringen.

Für Informatik 90.000 DM bewilligt

Die Errichtungskommission für den neuen Fachbereich Informatik an der Universität erhält 90.000 DM. Diesen Beschluß faßte der Ausschuß für Haushalt und Finanzen im Niedersächsischen Landtag. Zum Wintersemester 1985/86 soll der Studienbetrieb aufgenommen werden.

Universität übernahm das Wechloy-Projekt

Am 15. Februar übergibt der Staatssekretär des Niedersächsischen Wissenschaftsministers, Dr. Börner, offiziell den Schlüssel für sämtliche naturwissenschaftlichen Gebäude an die Universität. Damit ist der Präsident Hausherr in dem 175-Millionen-Mark-Projekt.

Wissenschaftler und Studenten gemeinsam auf der Bühne



Caryl Churchills „Cloud nine“ ist das erste Theaterstück in der Universität Oldenburg, das gemeinsam von Lehrenden und Lernenden aufgeführt wurde. Die mit viel Beifall aufgenommene Team-Inszenierung vor gut 300 Zuschauern in der Aula der Universität ging im Sommersemester vergangenen Jahres aus dem Seminar „Politisches Theater in England heute“ hervor. Die beiden Anglisten Professor Dr. Rüdiger Hillgärtner und Dr. Jens-Ulrich Davids regten damals an, eines der insgesamt 20 Stücke, die in dem Seminar untersucht wurden, auszuwählen und aufzuführen. Ein Teil der Studenten nahm diese Idee begeistert auf und sorgte dafür, daß das Experiment gelang. „Cloud nine“ wurde in englischer Sprache aufgeführt - ein Stück, in dem es um den Zusammenhang von Kolonialherrschaft und sexueller Unterdrückung geht.

Foto: Wood

Ossietzky-Tage '84

Ein Symposium über die „Beherrschung der Informationstechnik - Verantwortung der Wissenschaft“ steht im Mittelpunkt der diesjährigen Ossietzky-Tage vom 3. bis 5. Mai 1984. Zu diesem Symposium werden zahlreiche auswärtige Wissenschaftler erwartet - u.a. der ehemalige Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Professor Dr. Peter Bull (Universität Hamburg).

Eröffnet werden die Ossietzky-Tage mit einem Vortrag von Prof. Dr. Peter Lange (Universität Braunschweig), der am 3. Mai im

Vortragssaal der Bibliothek zum Thema „Orwells 1984 und die Wirklichkeit“ sprechen wird. Das Düsseldorfer Kabarett „Kom(m)öchen“ wird den Schlußpunkt mit seinem Programm „Die Sache Mensch“ setzen, das sich mit den Auswirkungen der Informationstechnologie beschäftigt. Lore Lorenz, Deutschlands bekannteste Kabarettistin, wird bei dieser Auf-führung, die von der Universität, der Stadt Oldenburg und dem Studentenwerk gemeinsam veranstaltet wird, mit von der Partie sein.

ANTI will allein den AStA bilden

Der eindeutige Gewinner der Wahlen zum Studentenparlament, die sich zur undoktrinalen Linken zählende Liste ANTI, will den AStA allein stellen. Das entschied die Gruppe, die mit einem Stimmenanteil von 43,8 Prozent stärkste Fraktion wurde und 23 der 50 Mandate besetzt, auf einer Sitzung am 1. Februar.

In einem Flugblatt begründete die Gruppe ihre Haltung damit, daß ihre Wähler sie als Alternative zu SHB und MSB gewählt habe und nicht, damit die bisherige Politik, wenn auch nur teilweise, in einem Koalitions-AStA fortgeführt werde.

Dagegen äußerte eine Sprecherin des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB), der bei den Wahlen fast ein Drittel seiner Stimmen einbüßte, daß es genügend Ansätze für eine Zusammenarbeit zwischen ANTI und der bisherigen AStA-Koalition gäbe. Ein Zusammengehen mit ANTI sei allerdings nur unter Einschluß des Marxistischen Studentenbundes (MSB) Spartakus möglich. Der MSB hatte seine Position im Stupa halten können. MSB und SHB erhielten zusammen 22 Mandate, die restlichen fünf teilen sich der Sozialliberale Hochschulverband (3 Sitze) und der Ring Christlich demokratischer Studenten (2 Sitze).

Die Gruppe ANTI kann, obwohl sie nicht über die absolute Mehrheit der Mandate im Parlament verfügt, den AStA allein stellen. Die Satzung der Studentenschaft ermöglicht die Wahl des AStA-Sprechers und der Referenten im 4. Wahlgang mit einfacher Mehrheit, wenn zuvor eine absolute Mehrheit kein Kandidat erreichen konnte. Wählt ANTI dieses Verfahren, so wären erstmals nach fünf Jahren SHB und MSB nicht mehr im AStA vertreten.

Als „niederschmetternd“ wird allge-

mein die Wahlbeteiligung an den Stupa-Wahlen eingeschätzt. Nur noch 20 Prozent der Oldenburger Studenten gingen an die Urne. Damit liegt die Universität wohl unter dem Bundesdurchschnitt. Vertreter des noch amtierenden AStA machten dafür den allgemeinen „Frust“ über die politischen Verhältnisse im Lande verantwortlich. Außerdem ermöglichen die immer höheren Anforderungen des Studiums kaum noch ein politisches Engagement.

Noch katastrophaler als bei den Studentenwahlen war die Beteiligung bei den Gremienwahlen durch die Studenten, die ihre Vertreter jährlich wählen müssen. Obwohl jeder Student eine Wahlauforderung - entsprechend den Vorschriften des NHG - ins Haus geschickt bekommen hatte, beteiligten sich an diesen Wahlen nur noch 8,8 Prozent. Hier gab es keine wesentlichen Verschiebungen gegenüber dem Vorjahr.

Lange Diskussion über Präsidentenbericht

Vier Stunden diskutierte am 25. Januar das Konzil über den von Präsident Dr. Horst Zilleßen vorgelegten 2. Bericht des Präsidenten, der sich auf den Zeitraum 1. Oktober 1981 bis 30. September 1983 bezieht. Die kontroverse, aber sehr ruhig geführte Diskussion soll, so empfahl es das Konzil, in einer Uni-Info-Sonderausgabe Anfang März wiedergegeben werden.

	Studentenparlament				Konzil			
	1984		1983		1984		1983	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
Wahlbeteiligung	19,9		27,4		8,8		13,6	
ANTI	43,8	23	35,0	18	-	-	-	-
SHB	26,6	13	38,0	20	37,5	6	63,5*	10
MSB	18,2	9	17,0	8	24,5	4		
SLH	6,7	3	5,0	2	4,8	-	6,4	1
RCDS	4,8	2	5,0	2	5,6	-	5,8	-
Fachschaftsinitiativ Konzil **	-	-	-	-	27,6	4	24,3	3

*SHB und MSB kandidierten 1983 für das Konzil in einer Liste.

**Kandidatur 1983 unter dem Namen Fachschaftsliste.

„Es gibt keine Alternative, die nicht teurer ist“

Auszüge aus der Landtagsdebatte am 16. Februar über die Einrichtung eines Jura-Fachbereiches an der Universität Oldenburg

Horst Milde (SPD)

„Glauben Sie nicht, daß Sie Ruhe haben“

Zur objektiven Klärung der Gesamtproblematik hat die Landesregierung eine Gutachterkommission Jura Oldenburg eingesetzt, die ihren Bericht im Mai 1981 veröffentlicht hat. Die Argumente, die im Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen sowie im Ausschuß für Wissenschaft und Kunst von den Gegnern eines Fachbereichs Jura an der Universität Oldenburg vorgetragen wurden, sind schon in diesem Bericht widerlegt worden. Das gilt insbesondere für den Einwand der Überproduktion von Juristen. Das gilt ebenso für den Einwand der Konkurrenz mit der Universität Osnabrück.

Überzeugende und sachlich abgewogene Gründe wurden in den Ausschüßberatungen von den Vertretern der CDU-Fraktion und von dem Vertreter der Landesregierung nicht vorgetragen. Ich habe den Eindruck mitgenommen, daß, bevor die Beratungen in den Ausschüssen überhaupt begonnen wurden, die Ablehnung unseres Antrages schon vorprogrammiert gewesen ist und daß nicht die ehrliche Absicht bestanden hat, das Pro und das Contra objektiv abzuwägen. Ich stelle heute fest, daß in der Frage der Errichtung eines Fachbereichs Rechtswissenschaft der Herr Ministerpräsident und der Herr Minister für Wissenschaft und Kunst die Universität Oldenburg und die Bürger im Nordwesten unseres Landes über Jahre hinweg mit Versprechungen hingehalten haben. Diese Versprechungen drohen heute sich als Täuschung zu erweisen.

Angesichts des einmütigen und über alle Parteigrenzen hinweggehenden Votums der Nordwest-Region ist auch die Verantwortung des Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes in Oldenburg besonders gefordert. Ich bitte Sie, Herr Minister Glup, zu bedenken, daß heute hier auch über Ihre politische Glaubwürdigkeit abgestimmt werden wird.

Heute, meine Damen und Herren, ist der Landtag aufgerufen, eine Entscheidung zu fällen, zu der die Landesregierung nicht fähig war. Diese Entscheidung ist um so leichter zu treffen, als Kostengesichtspunkte hier bislang keine besondere Rolle gespielt haben und weil die Gegner des Fachbereichs Jura nicht einen einzigen realisierbaren Vorschlag für die Verbreiterung des Fächerspektrums gemacht haben.

Glauben Sie bitte nicht, die Sie nachher unseren Antrag ablehnen werden, daß Sie hier anschließend Ruhe haben werden...

Hier entscheiden Sie sichtbar für jeden, ob Sie dem Nordwesten Niedersachsens helfen wollen oder ob Sie weiterhin eine Albrecht-Politik unterstützen wollen, nach der die Zukunft immer mehr aus dem Nordwesten abwandern muß.

Minister Cassens (CDU)

„Ich arbeite an einem Fünf-Punkte-Programm“

Herr Milde, das will ich Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen: Ich habe großen Respekt vor den regionalpolitischen Argumenten, die Sie hier vorgetragen haben. Aber Sie können die Tatsache nicht wegwischen, daß wir es mit einem großen Heer von arbeitslosen Juristen zu tun haben werden. Das liegt auf dem Tisch. Ich muß Sie fragen, ob Sie mit mir bereit sind, für die junge Generation Studiengänge aufzubauen, die wirklich Zukunftschancen bieten, oder ob Sie mit diesem Ja zum juristischen Fachbereich die Jugend von heute in eine ausweglose Situation bringen wollen. Das ist Ihre Verantwortung, die Sie heute auf sich nehmen.

Auch wenn gegenwärtig die Studiennachfrage die Errichtung einer weiteren Ausbildungsstätte gestatten würde - denn der Studiengang wird ja nachgefragt -, müssen wir uns doch alle miteinander fragen, ob wir damit nicht falsche Signale setzen würden. Denn wenn wir auf der einen Seite mit sehr großem Kraftaufwand die Kapazität der Lehramtsstudiengänge in Niedersachsen um die Hälfte reduzieren und wenn wir einen Teil der Stellen aus diesen nicht nachgefragten Studiengängen in andere verlagern - ich möchte mit Ihnen diese Stellen in zukunftsträchtige Studiengänge verlagern, dann ist doch die entscheidende Frage, ob wir mit dem Ja zum juristischen Fachbereich nicht dem unbefangenen Studenten sagen: Hier tut sich wieder eine Zukunft auf. - Und genau dieses falsche Signal, Herr Milde, werden Sie mit Ihrem Ja zum juristischen Fachbereich in Oldenburg heute setzen...

Zusätzlich arbeite ich gegenwärtig an einem Fünf-Punkte-Programm zur Sicherung der Entwicklungsperspektiven der Universität Oldenburg:

Punkt 1: Die Universität soll auf ihren ausdrücklichen Wunsch hin - ich betone: auf ihren ausdrücklichen Wunsch - bei der Neuordnung der Lehramtsausbildungskapazität einen sehr starken Platz erhalten.

Punkt 2: Aufbau eines Fachbereichs Informatik. Das Angebot ist der Universität mit voller Zustimmung des Wissenschaftsrates unterbreitet worden. Auch hier stehen wir in der Realisierung.

Punkt 3: Errichtung einer Reihe von Magisterstudiengängen in den Geisteswissenschaften. Ein entsprechender Erlaß wird in Kürze mein Haus verlassen.

Punkt 4: Vorbereitung eines kleinen, aber schlagkräftigen landwirtschaftlichen Forschungsinstituts für den Weser-Ems-Raum. Hier sind meine Mitarbeiter beauftragt, die Prüfung abzuschließen.

Punkt 5: Auslagerung der Universitätsverwaltung in eine Anmietung, um zusätzlich Flächen für Sonderforschungsbereiche und andere Lehr- und Forschungszwecke zu gewinnen. Auch hier hoffe ich auf einen zügigen Abschluß der Planungsarbeiten...

Walter Hirche (FDP)

„Sie lehnen jede Erweiterung ab“

Alles, was der Minister heute gesagt hat, hätte er vor zwei Jahren wissen müssen. Herr Cassens, ich habe hier die Zahl der Studienanfänger. Die höchste Zahl der Studienanfänger hat es im Jahre 1981 gegeben; danach sank die Zahl ab. Meines Erachtens ist es unverantwortlich, wenn Sie im Grunde damals in Kenntnis der Zahlen zu entsprechend positiven Entscheidungen gekommen sind und plötzlich bei zurückgehenden Zahlen - minimal zurückgehenden Zahlen, das gebe ich zu - hier völlig neue Entscheidungen treffen wollen oder treffen müssen.

Es ist auch eine Zumutung, wenn dann der Studiengang Informatik gegen Jura ausgespielt wird. Alle Kundigen wissen, daß beides nichts miteinander zu tun hat und nicht aufgerechnet werden kann.

Ich habe für meine Fraktion in der ersten Beratung und in den Ausschüssen erklärt, daß wir an die Prüfung, ob Jura für Oldenburg genehmigt werden sollte, nicht ohne Bedenken und Vorbehalte herangehen. Wir wollten prüfen, ob erstens entsprechend der Struktur der Universität andere Studiengänge vielleicht besser geeignet sind; zweitens wollten wir die Auswirkungen insbesondere auf Osnabrück prüfen, weil das ein Argument war; drittens wollten wir die Frage des Juristenbedarfs prüfen. Meine Damen und Herren, all dies ist in den Ausschüssen, verbunden mit

den entsprechenden Fragen und Diskussionen, geprüft worden. Dabei sind wir von einem Ziel ausgegangen, und zwar nicht nur verbal, sondern auch im Hinblick auf die Entscheidung. Wir haben uns dazu bekannt, und wir bekennen uns immer noch dazu, daß das Fächerspektrum an der Universität Oldenburg erweitert werden muß. Wir waren uns darüber im klaren, daß es etwas anderes sein muß, wenn Jura ausfällt. Hier und heute muß Farbe dazu bekannt werden!

Ich komme jetzt auf die Alternativen zu sprechen, meine Damen und Herren. Von der Struktur der Universität her wäre etwas im naturwissenschaftlichen Bereich oder wären die Agrarwissenschaften, die genannt worden sind, vielleicht auf Dauer noch besser gewesen.

Zu dem letzteren möchte ich auf die Kosten zu sprechen kommen. Statt 45 wären es 100 Stellen. Ferner entstände ein enormer Investitionsbedarf in Höhe von zehn Millionen bis 20 Millionen Mark, wie uns gesagt wurde.

Das schied aus, und zwar auch wegen der Berufssituation, die dort nicht besser ist. Mit anderen Alternativen war es ähnlich, meine Damen und Herren. Es gibt keine Alternative, die nicht teurer ist, vorausgesetzt, man will etwas Vernünftiges machen. Deshalb bleibt nach dieser Prüfung von allem, was in der Vergangenheit gemacht worden ist, Jura übrig...

Wer aus berufspolitischen Gründen der Meinung ist, daß das unerträglich ist, der dürfte nicht sagen: „In Oldenburg dürfen nicht 150 sein,“ sondern der müßte sagen: „Dann müssen wir in Jura den numerus clausus einführen.“ Das wäre die Entscheidung, die Sie aus Ihrer Argumentation heraus treffen müßten. Wenn Sie das aus bildungspolitischen Gründen nicht wollen, was ich respektiere, dann kann das nicht an der Frage von 150 Studenten in Oldenburg scheitern...

Im Grunde, bleibt von diesen Argumenten nichts übrig. Übrig bleibt: Sie lehnen Jura ab, aber lehnen damit zugleich jede Erweiterung der Universität Oldenburg ab.

Hans-Jörg Schramm (CDU)

„Ich lasse mich nicht zum Mehrheitsbeschaffer machen“

In der anstehenden Sache sind über einen langen Zeitraum hinweg in einer Vielzahl demokratischer Gremien die Argumente formuliert und ausgetauscht worden. Nunmehr muß hier und heute die Entscheidung getroffen werden. In Vorbereitung auf diese Entscheidung hat meine Fraktion nach eingehender Beratung einen eindeutigen Mehrheitsentscheid herbeigeführt, in dem ich mit meiner Auffassung unterlegen bin...

Ich halte zwar diese Mehrheitsentscheidung meiner Fraktion nicht für richtig, aber ich kann umgekehrt für meine Minderheitsposition ebenfalls den alleinigen Anspruch auf Richtigkeit reklamieren. So wie ich erwartet hätte, daß bei einem umgekehrten Ausgang der Abstimmung in meiner Fraktion die unterlegene Minderheit den demokratischen Mehrheitsentscheid selbstverständlich mitgetragen hätte, so entspricht es meiner tiefsten Überzeugung als Demokrat, der in einer Abstimmung unterlegen ist, den Mehrheitsentscheid seiner Fraktion mittragen zu müssen.

Diese meine Grundhaltung ist deshalb gerechtfertigt, weil die Sache, um die es hierbei geht, keine Gewissensfrage darstellt. Es handelt sich vielmehr um eine, wenn auch für Oldenburg sehr wichtige, hochschulpolitische Sachfrage, in der begründet unterschiedliche Positionen eingenommen werden können. Ich bin

aber nicht bereit, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, mich in einer Entscheidung hier im Parlament zu Ihrem Mehrheitsbeschaffer zu machen, zumal ich weiß - dies ist bereits von den Vorrednern zum Ausdruck gebracht worden -, daß es auch in den Oppositionsfraktionen eine ganze Reihe von Abgeordneten gibt, die die Mehrheitsentscheidung meiner Fraktion teilen und dennoch mit ihren Fraktionen stimmen, obwohl sie anderer Auffassung sind, weil sie einfach die Mehrheitsentscheidung ihrer Fraktion akzeptieren und mittragen...

Josef Dierkes (CDU)

„Eine gewisse Resignation“

Wenn ich mich nun vor diesem Hintergrund - weil es wenig Sinn hat, daß sich der Kollege Schramm und ich uns gegenseitig in den Arm nehmen und sagen „ich stütze dich und du stützt mich“, wir aber ansonsten doch mehr oder weniger als Einzelkämpfer in der politischen Landschaft gestanden hätten - entschieden habe, heute für die Beschlußempfehlung zu stimmen und nicht - wie ich das ursprünglich vorhatte und angekündigt hatte - für den Antrag, den die SPD-Fraktion eingebracht hat, dann ist das für mich eine bittere Erkenntnis, ein bitteres Eingeständnis, das ist - wenn Sie so wollen - dann auch eine gewisse Resignation, die mir nur dadurch erleichtert wird, daß ich mir sicher bin, daß neben den Punkten, die der Wissenschaftsminister vorhin hier angekündigt hat, auch eine weitere Abrundung, auch facherspezifische Abrundung der Universität möglich sein wird, wie sie mir von der Landesregierung zugesagt worden ist. Ich sage dies allerdings auch mit folgender Anmerkung: Die bloße Aussage, daß eine Abrundung möglich wird, empfinde auch ich als eine Worthülse, als eine Worthülse, die - wenn sie nicht ausgefüllt wird - des Nennens nicht wert ist.

Nach den Enttäuschungen, die ich gerade - Herr Ministerpräsident, das will ich auch Ihnen sagen - mit der eigenen Fraktion erlebt habe und die ich auch mit der Landesregierung, auch mit Ihnen erlebt habe, da wir jahrelang als Abgeordnete auf den Pfad gesetzt worden sind, Bedingungen zu erfüllen, die zur Einrichtung einer juristischen Fakultät hätten führen können, nach all diesen negativen Erfahrungen und nach diesen Enttäuschungen, bitte ich Sie, uns bei diesen neuen Hoffnungen - mögen sie auch ganz klein sein - nicht erneut zu enttäuschen, denn ein zweites Mal hält man das sicherlich nicht aus...

Ich bedauere in diesem Zusammenhang, daß die übrigen Kollegen der Fraktion, soweit sie aus der Region kommen - auch Sie spreche ich an, Herr Glup -, uns, nämlich Herrn Schramm und mich - in der Verantwortung für die Region bis zum Schluß allein gelassen haben. Wir standen schließlich allein, in der Verantwortung für die Region, obwohl das nicht unsere städtische Universität, sondern die Universität der Region ist...

Martin Mombaur (GRÜNE)

„Opposition führt CDU-Politik fort“

Herr Schramm und Herr Dierkes, ich möchte mich zunächst bei Ihnen ganz herzlich bedanken. Sie haben mir gezeigt, daß man durch das Darstellen persönlicher Konflikte in diesem Hause nachweisen kann, daß gearbeitet wird und daß uns die Entscheidungen oft schwerfallen können. Ich wünsche allen vier Fraktionen, daß es einzelnen bei wichtigen Entscheidungen so geht.

Das andere möchte ich zu Ihnen, Herr Minister, sagen. Es gibt auch ein anderes Beispiel dafür, wie man eine solche Sache regeln kann. Dieses Beispiel stammt aus dem Lande Nordrhein-Westfalen. Dort hat man die Universität Köln, die damals in einem Fachbereich hoffnungslos überlastet war, dadurch entlastet, daß man an der Universität Aachen einen Fachbereich gestärkt hat. Das hat sehr gut funktioniert, ohne daß die Studentenzahlen gestiegen sind. Ich meine, daß die Universität Göttingen im juristischen Bereich zur Zeit völlig überlastet ist. Könnte man nicht der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg dadurch, daß man diesen Fachbereich dort einrichtete, eine Möglichkeit geben, eine echte Alternative darzustellen? Das hätte man auch überlegen können.

Das Dritte muß ich - so ernst mir das ist und so leid mir das tut - an den Ministerpräsidenten Albrecht persönlich und an die CDU-Fraktion gerichtet sagen. Seit Jahren wird Politik damit gemacht, daß der juristische Fachbereich dorthin kommt. Seit Jahren ist es völlig klar, daß die CDU diese Politik will, und noch im November 1983 stand der Bereich Weser-Ems hundertprozentig dahinter und war bereit, dafür einzutreten. Die Opposition führt diese CDU-Politik in diesem Hause im Augenblick fort! Das möchte ich einmal deutlich darstellen, Herr Ministerpräsident, das ist ein weiterer Beweis Ihrer Unglaubwürdigkeit, zunächst ja zu sagen...

Sie haben offensichtlich nicht nur uns, sondern auch Ihren Kollegen, die sich hier mit recht so schwertun, versprochen: facherspezifische Abrundungen für Oldenburg, zusätzliche Studiengänge, zusätzlicher Ausbau. Ich fordere Sie nicht so grobartig wie Herr Hirche es getan hat, obwohl ich auch das für richtig halte, auf, Alternativen auf den Tisch zu legen, sondern ich frage Sie hier und heute schlicht: Welche Stellen werden 1985 in Oldenburg in der Lehre abgebaut, und welche Stellen werden Sie zusätzlich ausbringen? Ich erwarte heute eine Antwort!

Institute...

Fortsetzung von Seite 1

Beim Fachbereich 1 und dem Fachbereich 3 entsprach das Ministerium den Wünschen der Fachbereichsräte. Lediglich das Institut für Vergleichende Politikforschung erhielt nicht die Mehrheit des Gremiums. Bei der Einrichtung der Institute im Fachbereich 4 richtete sich der Wissenschaftsminister nach Anträgen von Professoren. Der Fachbereichsrat selbst hatte eine Zustimmung zu den Anträgen verweigert.

In einer Stellungnahme zu den Institutseinrichtungen erklärte der Vizepräsident der Universität, Professor Dr. Horst Schminke, die Institute seien für die Verbesserung der Infrastruktur in großen Fachbereichen notwendig. Sie machten die Hochschule für alle ihre Mitglieder überschaubarer und förderten die Kooperation unter Wissenschaftlern gleicher Disziplin. Daß viele Mitglieder der Universität Institute angesichts der nicht vorhandenen Mitbestimmungsmöglichkeiten für Studenten, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter ablehnten, sei jedoch verständlich. Gleichwohl müsse man unter Abwägung aller Argumente zu dem Schluß kommen, daß Institute aus Gründen der besseren Organisation von Forschung und Lehre sinnvoll seien und an ihnen kaum ein gangbarer Weg in großen Fachbereichen vorbeiführe. Nach dem Erlaß des Ministers können allerdings Professoren, die nicht einem Institut angehören wollen, auch nicht dazu gezwungen werden. Sie bleiben lediglich dem Fachbereich zugeordnet.

Einsatz von Computern im Unterricht

18. Bundestagung der Didaktik der Mathematik in der Universität Oldenburg

Der Einsatz von Computern im Mathematikunterricht ist eines der Hauptthemen der 18. Bundestagung Didaktik der Mathematik, die vom 13. bis 16. März in der Universität stattfindet. Veranstalter ist die Gesellschaft für Didaktik der Mathematik, der etwa 400 Hochschullehrer aus der Bundesrepublik, Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark und Finnland angehören. An der Tagung können zusätzlich auch Mathematiklehrer aus dem Einzugsbereich der Universität Oldenburg teilnehmen. Die Bundestagung, die erstmals in Oldenburg stattfindet, soll einen Überblick über den aktuellen Stand der Didaktik der Mathematik geben. Fünf Hauptvorträge und 90 Kurzreferate stehen auf dem Programm. Neben

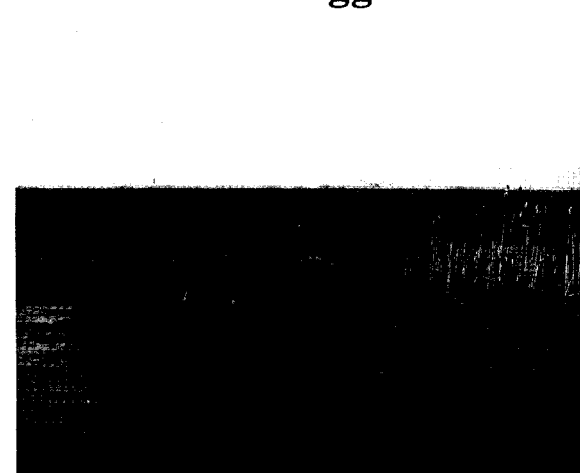
ben einer Vielzahl von Einzelproblemen, die den Mathematikunterricht von der Grundschule bis hin zum Gymnasium betreffen, werden sich die Wissenschaftler mit psychologischen, schulorganisatorischen und mathematik-historischen Fragen auseinandersetzen sowie den Einsatz moderner Technologien im Unterricht diskutieren.

Zum Thema „Umwälzung der Ausbildung durch den Einsatz von Computern“ wird der amerikanische Mathematiker Professor Dr. Willfred E. Boykin, Central Connecticut State University, sprechen. Mit der gleichen Frage wird sich auch eine eigens dafür eingerichtete Arbeitsgruppe beschäftigen. Die weiteren Hauptvorträge halten Professor Dr. Hans-Günther Bigalke (Universität Han-

nover), Professor Dr. Hans Niels Janhke (Institut für Didaktik der Mathematik, Bielefeld), Professor Dr. Hilbert Meyer (Universität Oldenburg) und Professor Dr. Werner Walsch (Universität Halle-Wittenberg).

Die Tagung wird am 13. März um 10.00 Uhr in der Aula der Universität in Anwesenheit von Oberbürgermeister Dr. Heinrich Niewerth und dem Präsidenten der Universität, Dr. Horst Zilleßen, eröffnet. Professor Dr. Heinrich Winter (Technische Universität Aachen), der erste Vorsitzende der Gesellschaft für Didaktik der Mathematik, wird in seiner Ansprache auf die gesellschaftlich und politisch schwierige Situation der Mathematiklehrer in den Bundesländern eingehen.

Antarktisforscher trainieren im Baggersee



In Bagger- und Autobahnseen rund um Oldenburg bereitet sich eine Forschergruppe der Universität auf einen halbjährigen Aufenthalt in der Antarktis vor. Die Gruppe unter der Leitung des Biologen Dr. Johann Wolfgang Wägele wird dort im Meer nach Bodentieren tauchen. Wägele beschäftigt sich im Rahmen eines Forschungsprojektes mit der „Biologie und Ökologie der Antarktischgewässer“. Er arbeitet dabei eng mit dem Alfred-Wegener-Institut (Bremerhaven) zusammen, das sich ausschließlich der Polarforschung widmet. Im Rahmen dieser Kooperation nahm er auch an der Jungfernfahrt des Forschungsschiffes „Polarstern“ im vergangenen Jahr teil. Im November wird die Gruppe mit diesem Arbeitsschwerpunkt ebenfalls an Bord der „Polarstern“ sein,

wenn sie zu ihrer dritten Fahrt aufbricht. Etwa 200 Seemeilen südlich von Kap Hoorn wird das Forscherteam an einer polnischen Station auf der Insel King George abgesetzt und dort nach den Bodentieren - insbesondere nach Krebsen und Schnecken - bei Wassertemperaturen um den Gefrierpunkt tauchen.

Um den Gefrierpunkt lagen auch die Temperaturen der Bagger- und Autobahnseen, in denen jetzt die Wissenschaftler trainierten. Mit den luftgepolsterten Anzügen - Kosten etwa 5.000 Mark - kann man bis in eine Tiefe von 45 Metern tauchen. Da die Gewässer in der Nähe des antarktischen Festlandes sehr viel größere Tiefen aufweisen, werden die Wissenschaftler im zweiten Teil ihrer Reise dazu übergehen, mit Fanggeräten nach den Bodentieren zu fischen.

„Förderungen erweitern“

Die Universität Oldenburg hat einen Gesetzentwurf des Niedersächsischen Wissenschaftsministers zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern begrüßt, jedoch gleichzeitig erklärt, daß die Zahl der Stipendien zu gering sei, um dem Nachwuchs eine angemessene Chance zu bieten. Das neue Gesetz soll Ersatz für das ausgelaufene Graduiertenförderungsgesetz bieten, das gemeinsam von Bund und Ländern getragen wurde.

Nach diesem Entwurf sollen maximal 200 Promotionsstipendien in Höhe von 1.200 Mark pro Monat ab Oktober dieses Jahres gezahlt werden. Für verheiratete und alleinerziehende Elternteile erhöht sich dieser Betrag auf fast 300 Mark. Die Förderungsdauer beträgt zwei Jahre, eine einjährige Verlängerung ist unter bestimmten Umständen möglich. Drei Millionen Mark sind für diese Maßnahme jährlich in der mittelfristigen Planung des Landes Niedersachsen eingeplant.

Insbesondere soll die Förderung in Fachgebieten gewährt werden, in denen der Bedarf an wissenschaftlichem Nachwuchs besonders groß ist. Außerdem sollen bei der Vergabe die Stärkung von Forschungsschwerpunkten und die wissenschaftliche Kooperation mit Entwicklungsländern berücksichtigt werden.

Broschüren über Sommer-Sprachkurse

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat drei neue Broschüren veröffentlicht, in denen Sommer-Sprachkurse an Hochschulen in fast allen europäischen Ländern dargestellt werden. Nähere Informationen erteilt das Akademische Auslandsamt, Raum A 202, Tel. 6038.

Sechsbändige ELAB-Dokumentation wurde jetzt abgeschlossen

Mit dem in diesen Tagen erschienenen Band 3 ist die von Wolfgang Fichten, Detlef Spindler und Ulrich Steinbrink konzipierte und herausgegebene „Dokumentation zur einphasigen Lehrerausbildung“ abgeschlossen. Die Herausgeber kommen aus den Reihen der Mitarbeiter des universitären Zentrums für pädagogische Berufspraxis (ZpB).

Mit drei Dokumentations- und drei Aufsatzbänden ist damit der seit 1974 an der Universität Oldenburg durchgeführte Modellversuch zur Reform der Lehrerausbildung ausführlich und umfassend dokumentiert. Die Titel der einzelnen Bände lauten: Band 1 Das Reformmodell in der Planung 1970 - 1974, Band 2 Das Reformmodell in der bil-

dungspolitischen Auseinandersetzung 1974 - 1980, Band 3 Das Reformmodell in der Umsetzung 1974 - 1980, Band 4 Theorie und Praxis, Band 5 Wissenschaft und Unterricht, Band 6 Universität und Schule.

Dieses Publikationsvorhaben, das ohne die im Etat des Modellversuches dafür vorhandenen finanziellen Mittel nicht möglich gewesen wäre, ist zu einem Zeitpunkt geplant worden, da die in der Universität für den Modellversuch bildungspolitisch Verantwortlichen noch eine Chance sahen, eine vorzeitige Beendigung des ehrgeizigen Reformvorhabens zu verhindern. Angesichts der inzwischen eingetretenen Entwicklung hat es damals nicht an Stimmen gefehlt, die vor der Verwirklichung eines sol-

chen Dokumentationsvorhabens warnen. Diese Stimmen haben nicht Recht behalten.

Heute - mit dem Abschluß der Dokumentation - ist festzustellen, daß sich das Anliegen der Dokumentation nicht verändert hat, lediglich der Stellenwert ist durch die Beendigung des Modellversuches ein anderer geworden.

Die einphasige Lehrerausbildung wird auf lange Zeit das einzige bedeutsame Beispiel für die Möglichkeiten und Grenzen von bildungspolitischen Reformvorhaben zumindest in der Bundesrepublik Deutschland sein. Am Konzept ELAB wie an der Auseinandersetzung darum ist exemplarisch ablesbar, wie schmal der Grat ist, auf dem sich Wissenschaft und (Bildungs-)Politik um Verbesse-

Nachruf auf Hans Fleischer

Am 1. März 1984 ist Hans Fleischer, Ehrenbürgermeister der Stadt Oldenburg, im Alter von 77 Jahren gestorben. Sein plötzlicher Tod trifft auch die Universität, die mit ihm einen aufrechten Förderer verliert.

In seiner langjährigen Amtszeit als Oberbürgermeister ist Hans Fleischer unermüdet für die Errichtung der Universität Oldenburg und deren Ausbau eingetreten. Schon an dem ersten Beschluß des Rates der Stadt Oldenburg, mit dem der Landesregierung 1959 die Gründung einer Universität in Oldenburg vorgeschlagen wurde, war er maßgeblich beteiligt. Für dieses Ziel hat Hans Fleischer in den langen Jahren seiner Amtszeit mit der ihm eigenen Geduld und Beharrlichkeit gearbeitet.

Als sich die regionalen Bestrebungen zur Gründung einer Universität im Nordwesten Niedersachsens auseinanderentwickelten und damit an politischer Durchsetzungskraft verloren, entschied sich Hans Fleischer für den zu dieser Zeit realistischen Weg, die Universität aus der Pädagogischen Hochschule Oldenburg heraus zu entwickeln. Unter seinem Vorsitz beschloß 1969 die „Arbeitsgemeinschaft Universität in Oldenburg“ einen „Strukturplan der Universität Oldenburg“, der die entstandenen Gegensätze zu überbrücken versuchte und maßge-

benden Einfluß auf den Errichtungsbeschluß der Landesregierung gewann.

Wenn es nötig war, trat Hans Fleischer für die Gründung der Universität und später für deren Ausbau entschieden und demonstrativ ein. Als die Landesregierung im Jahre 1971 - nur ein Jahr nach ihrem Errichtungsbeschluß - die für den Universitätsaufbau vorgesehenen Stellen und Mittel strich und den Studienbeginn auf unbestimmte Zeit verschieben wollte, sprach der Oberbürgermeister vor 2.000 Teilnehmern der ersten Großkundgebung für den Ausbau der Universität. Im Jahre 1976 verabschiedete Hans Fleischer auf dem Schloßplatz die ca. 1.500 Teilnehmer der Fahrraddemonstration von Oldenburg nach Hannover gegen einen erneuten Ausbaustopp, und 1979 übergab er im Rahmen einer Demonstration in Hannover gegen Kürzungspläne der Landesregierung dem Landtagspräsidenten eine von vielen regionalen Institutionen getragene Petition.

Hans Fleischer war ein Freund der Universität. Er hat gerade deswegen notwendige Kritik nicht zurückgehalten. Seine Glaubwürdigkeit, Offenheit und Geduld auch gegenüber Andersdenkenden werden der Stadt und der Universität fehlen.

Jürgen Lütjke

Brasilien-Initiative

33.000 Mark gesammelt

Professor Dr. Jürgen Dieckert, Sportwissenschaftler im Fachbereich 5, wurde zum Vorsitzenden der neugegründeten Oldenburger Sektion der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft gewählt. Der Präsident der Gesellschaft, Professor Dr. Hermann M. Görgen, Bonn, bezeichnete während der Gründungsversammlung die Ende vergangenen Jahres von Oldenburger Wissenschaftlern gestartete Spendenaktion für die von der Dürrekatastrophe bedrohte Bevölke-

rung im Nordosten Brasiliens als hervorragend: 33.000 Mark wurden bisher auf das Solidaritätskonto überwiesen. Dieckert, der ebenso wie der Hochschulassistent Dr. Dieter Brühl, Fachbereich 3, mehrere Jahre in Brasilien forschte und lehrte, erklärte, daß die Universität Oldenburg neben ihren humanitären Bemühungen auch die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den Universitäten Santa Maria und Fortaleza ausbauen werde.

Neuer Dekan im Fachbereich 3

Professor Dr. Ernst Hinrichs, Hochschullehrer für Geschichte der frühen Neuzeit, wurde zum neuen Dekan des Fachbereichs 3 „Sozialwissenschaften“ gewählt. Hinrichs beginnt seine Amtszeit am 1. April, er löst dann den Politikwissenschaftler Professor Dr. Gerhard Kraiker ab. Hinrichs wird dieses Amt voraussichtlich bis zum 30. September ausüben, da er anschließend die Leitung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig übernimmt.

Uni-Prospekt in englischer Sprache

Der Prospekt, der die Standorte der Universität in einer Übersichtskarte zeigt, wurde von der Pressestelle in englischer Sprache neu aufgelegt. Das Blatt gibt ebenfalls, wie die deutsche Fassung, einen Überblick über die Studien- und Examensmöglichkeiten sowie eine kurze Zusammenfassung über den Aufbau der Universität und einige ergänzende Angaben über die Universitätsstadt Oldenburg. Der Prospekt kann über die Pressestelle angefordert werden.

che befinden, die vor der Veröffentlichung eine Überarbeitung und/oder Akzentverschiebung verdient hätten. Sie halten sich im übrigen im Rahmen, stellen aber auf keinen Fall den Wert der Gesamtveröffentlichung in Frage.

Den Herausgebern der Dokumentation sowie den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen, die an der Realisierung beteiligt waren, gebührt Anerkennung. Sie haben einen wichtigen Beitrag zur Verschärfung der Auseinandersetzung um den Modellversuch geleistet, der immerhin auch eine zentrale Rolle in der nun zehnjährigen Geschichte unserer Universität spielt.

Friedrich W. Busch
Fachbereich 1 Pädagogik

1.110 Wohnplätze bis 1985 geschaffen

Mit der Hilfe von privaten Investoren - wie Bauherrengemeinschaften - und mit Aufwendungsdarlehen aus den Mitteln des sozialen Wohnungsbaus sollen bis 1985 insgesamt 1.110 Studentenwohnplätze in Göttingen, Osna-brück, Oldenburg und Lüneburg geschaffen werden. Diese Zielzahl veröffentlichte jetzt das niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

Die Pläne berücksichtigen die zehnte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes aus dem Jahr 1982, nach der 78 Prozent der Studenten die „eigene Wohnung oder Wohngemeinschaft“ als gewünschte Wohnform erklärten. Bislang wurde diese Form bereits von 57 Prozent verwirklicht. Elf Prozent leben in Studentenwohnheimen, zwölf Prozent möchten es. Bei den Eltern leben derzeit noch 22 Prozent, nur fünf Prozent möchten es weiterhin. Die geringste Resonanz hat das Untermietverhältnis: für zehn Prozent ist es die vorhandene Wohnform, für lediglich vier Prozent die Wunschvorstellung.

Auf diese Bedürfnisse der Studenten wurde die öffentliche Förderung mit den Programmen „Familienwohnungen für Studenten“ und „Herriichtung von Altbauten für einfaches studentisches Wohnen“ neu konzipiert. Die Wohnungen werden für zehn Jahre von den örtlichen Studentenwerken als Generalmieter an die einzelnen Studenten untervermietet. Für Umbau- und Renovierungsarbeiten gibt es pro Wohnplatz maximal einen Zuschuß von DM 10.000.

Sowjetischer Generalkonsul besuchte Uni

Der Leiter des sowjetischen Generalkonsulats in Hamburg, J. L. Barmit-schew, besuchte am Freitag, 2. März, die Universität. Nach Empfangen beim Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg und bei der Industrie- und Handelskammer informierte er sich beim Präsidenten der Universität über die Studienangebote und die Bedeutung der Hochschule für die Region. Konsul V. Tschikin, Hamburg, referiert am Freitag, 9. März, 20.00 Uhr, in der „Brücke der Nationen“, Gartenstraße, über die Außenpolitik der Sowjetunion. Nach dem Vortrag steht der Diplomat zu einer Diskussion unter der Leitung von Professor Dr. Ulrich Knauer, Mathematiker im Fachbereich 6 und Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken e.V., zur Verfügung.

Neue Öffnungszeiten

Am Uni-Bad wurden Reparaturarbeiten vorgenommen. Bis zum 27. April ist das Bad montags bis freitags von 15.00 bis 21.00 Uhr für die Öffentlichkeit zugänglich.

Während der Semesterferien ist die Bibliothek vom 27. Februar bis 13. April montags bis freitags von 9.00 bis 20.00 Uhr geöffnet, ab 16. April wieder von 9.00 bis 21.00 Uhr.

Fußballturnier für Bedienstete

Am 21. März findet erstmals ein Fußballturnier von Universitätsmitgliedern aus dem Dienstleistungsbereich in der großen Sporthalle am Uhlhornsweg statt. Es geht dabei um einen „Wanderpokal des Präsidenten“. Insgesamt haben sich bisher neun Mannschaften für das Hallenturnier gemeldet, das um 15.30 Uhr beginnt und mit einer Fete enden soll. Massenhafter Besuch ist erwünscht. Kontakt: Günther Schumann (Tel.: 6014).

Promotion

Manfred Blohm promovierte im Fachbereich 2 mit dem Thema „Identitätsfördernde ästhetische Praxis - eine Untersuchung aktueller kunstpädagogischer Konzepte unter Kriterien eines sozialisationstheoretisch begründeten Identitätsbegriffes“.

Hartmut Wiesner, Fachbereich 2, promovierte mit der Arbeit „Das Werk Johann Georg Siehl-Freystetts - Dokumentation, künstlerische Stellungnahme, Rezeption“.

Privathochschule im Raum Oldenburg?

Mit Hilfe der Landesregierung will nach Angaben der SPD ein „potentier Unternehmer“ im Raum Oldenburg eine Privathochschule errichten. In einer kleinen Anfrage wollen die Abgeordneten Rainer Silkenbeumer und Horst Milde jetzt Aufklärung über den Vorgang erreichen. Das Ministerium äußerte dazu, die Regierung sei erst gefordert, wenn die staatliche Anerkennung beantragt werde. Ansonsten äußert

sich Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens eher skeptisch über die Zukunftschancen spezialisierter Privathochschulen. Die Spezialisierung, die gegenwärtig als Stärke erscheine, könnte sich als Schwäche für die Phase sinkender Studentenzahlen erweisen. Dagegen befürwortet Wirtschaftsministerin Birgit Breuel Privathochschulen.

Arthur-Lehning-Symposion in der Universität

Vom 17. bis 19. Mai findet zu Ehren des holländischen Anarchisten Arthur Lehning an der Universität Oldenburg ein Symposion statt, zu dem der 85jährige international auch als Literaturwissenschaftler renommierte Holländer selbst kommen wird. Veranstaltet wird das Symposion von dem Niederlandisten Professor Dr. Bulhof und dem Erziehungswissenschaftler Dr. Gottfried Mergner sowie Dr. Heribert Baumann. Zu dem Symposion werden 15 Referenten aus dem In- und Ausland erwartet.

Arthur Lehning, in der Bundesrepublik nur wenig bekannt, trat in den 20er Jahren als Herausgeber der Literaturzeitschrift „i 10“ hervor, in der namhafte Philosophen und Literaten von Bloch bis Benjamin schrieben. Während des Krieges emigrierte er nach England, wo er als Journalist in der sogenannten „Feindpropaganda“ wirkte. Nach dem Krieg war Lehning zunächst Berater des indonesischen Staatspräsidenten Sukarno und dann Abteilungsleiter im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amster-

dam) und widmete sich hier insbesondere der Forschung über den russischen Anarchisten Bakunin. Auf dem Symposion wird Lehning zum Thema „Erfahrungsbezogene Überlegungen zum Anti-Militarismus und Syndikalismus und zur gesellschaftlichen Aufgabe des Intellektuellen“ sprechen. Neben weiteren öffentlichen Vorträgen sollen sich Arbeitsgruppen mit folgenden Fragestellungen befassen:

- 1) Anarchismus und die Frauen
 - 2) Sozialgeschichte des Anarchismus und des Syndikalismus
 - 3) Moralerziehung/Macht und der Anarchismus
 - 4) Anarchistische Tradition des alternativen Lebens
 - 5) Produktives Subjekt oder kollektive Produktion.
- Interessenten für die Arbeitsgruppen melden sich bitte bei Dr. Gottfried Mergner, FB 1, Tel.: 2040.

Neue Broschüre zum Thema BAFöG

Die GEW hat ein Handbuch für Schüler und Studenten herausgegeben, das über den neuesten Stand des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG) informiert sowie Hilfestellungen in der Handhabung dieses Gesetzes gibt. Das GEW-Handbuch ist im Dreisam-Verlag, Freiburg, erschienen und ist für 14,80 DM im Buchhandel erhältlich. GEW-Mitglieder können es zum Organisationspreis von 7,50 DM beim Hauptvorstand der GEW, Unterlindau 58, 6000 Frankfurt, beziehen.

Termine zum Wintersemester

- 15. Oktober: Beginn des Wintersemesters und Beginn der Orientierungswoche
- 22. Dezember: Beginn der Weihnachtsferien
- 4. Januar: Ende der Weihnachtsferien
- 15. Februar: Ende der Vorlesungszeit

Personalien

Professor Dr. Friedrich W. Busch, Erziehungswissenschaftler im Fachbereich 1 Pädagogik, nimmt auf Einladung des Internationalen Forschungszentrums für pädagogische und soziale Methodologie und des italienischen Erziehungsministeriums in Rom an einem internationalen Kongreß über Probleme der Lehrerausbildung in den 80er Jahren teil und referiert über Konzept und Erfahrungen mit dem Modellversuch zur einphasigen Lehrerausbildung an der Universität Oldenburg.

Leif Martinen, Student des Studienganges Diplom-Pädagogik im Fachbereich 1, wurde für eine Amtsdauer von zwei Jahren zum neuen Vizepräsidenten des Deutschen Studentenwerkes (DSW) gewählt. Martinen gehörte zuvor auf Bundesebene bereits dem Förderungsausschuß des DSW an. In Oldenburg war er Mitglied der studentischen Fraktion des Verwaltungsrates und des Vorstandes des Studentenwerkes.

Professor Dr. Friedhelm Nachreiner, Hochschullehrer für angewandte Psychologie mit dem Schwerpunkt Arbeitspsychologie im Fachbereich 5, beteiligt sich mit einer Arbeitsgruppe aus der Universität am 30. Frühjahrskongreß der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft in Düsseldorf. Die Gruppe hält drei Vorträge im Arbeitsschwerpunkt „Schichtarbeit“.

Ernennung zum

Hochschulassistenten:
Dr. Ilse Karius, Anglistin im Fachbereich 2 Kommunikation/Asthetik
Dr. Alfred Tacke, Industrie- und Betriebssoziologie im Fachbereich 3 Sozialwissenschaften

Einstellung als

wissenschaftl. Mitarbeiter
Karl-Heinz Lüpkes, Forschungsvorhaben „Biogasanlagen für Abfallentsorgung und Abwasserreinigung eines Schlachthofes“, Professorin Dr. Janssen, Fachbereich 7 Biologie
Dr. Uwe Jens Walther, Forschungsvorhaben „Versorgungsstrategien in Arbeiterhaushalten“, Fachbereich 3 Sozialwissenschaften
Lothar Wierschowski, Forschungsvorhaben „Analyse größerer geschlossener Inschriftenkomplexe“, Professor Dr. Kneifel, Fachbereich 3 Sozialwissenschaften

Ausgeschieden aus dem

Dienst der Universität
Irene Dinklage, Angestellte im ZpB

Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (04 41) 2006-0

Bücher für Studium und Beruf
collectiv-Buchhandlung
Donnerschweerstraße 12
Telefon (04 41) 8 74 49
2900 Oldenburg

Kopien wie gedruckt
Schnelldruck · Einbinden
Erstklassige Kopien auf Normalpapier! Auf Wunsch fix und fertig sortiert und geheftet.
KOPIERDIENST
Ammerländer Heerstraße 88
2900 Oldenburg
Tel. (04 41) 7 63 74

BIRKENSTOCK®
wenn auch Ihre Füße fit bleiben sollen.
Wir bieten Ihnen eine große BIRKENSTOCK-Auswahl
EGGERS
Naturformschuhe
Baumgartenstr. 8
Oldenburg
Tel. 1 30 07

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800
29 OLDENBURG
Schloßplatz 21/22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88

Ihr Partner bei all' Ihren Aufgaben für die Druckindustrie
Littmanndruck
Offsetdruck · Buchdruck
Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (04 41) 2 70 51/52

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl
B&G
BUCHHANDLUNG
BÖLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

ÖBS Öffentliche Bausparkasse Geht es um Bauspar-, Finanzierungs- und Immobilienfragen ist die ÖBS der richtige Partner Telefon: 04 41/23 71 oder 2 58 21 **ÖBS Immobilien GmbH** Landessparkassen Immobiliendienst